



Leseprobe aus Kühnel und Willems, Politisches Engagement im Jugendalter,

ISBN 978-3-7799-3719-7

© 2017 Beltz Verlag, Weinheim Basel

[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-3719-7)

[isbn=978-3-7799-3719-7](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-3719-7)

# Einleitung

Wolfgang Kühnel/Helmut Willems

Politisches Engagement und politische Beteiligung<sup>1</sup> gehören zu den wichtigen Voraussetzungen einer lebendigen Demokratie. Das gilt nicht nur für eine Gesellschaft generell, sondern vor allem auch für die junge Generation. Im Hinblick auf das Verhältnis von Jugend und Politik vermitteln die öffentlichen Debatten den Eindruck eines Bedeutungsverlustes der Politik, insbesondere wenn von einer zunehmenden Parteien- und Politikverdrossenheit die Rede ist. Doch zieht man verschiedene Studien zurate, die Längsschnittdaten enthalten, so drängt sich ein differenziertes Bild auf. Eine Auswertung der Shell-Jugendstudien über einen Zeitraum von 1984 bis 2002 zeigt einen Rückgang des politischen Interesses der 15- bis 24-Jährigen. Für den Zeitraum von 2002 bis 2015 wird hingegen wieder eine leichte Zunahme (Schneekloth 2015, S. 157) festgestellt. Offenbar unterliegt das Niveau des politischen Interesses erheblichen Schwankungen (Kroh 2006, S. 203). Dies bestätigt eine Erhebung von Weißels (2016, S. 401) zum politischen Interesse der 18- bis 29-Jährigen in der Bundesrepublik von 1980 bis 2014 auf der Grundlage von ALLBUS-Daten. Auch mit dieser Untersuchung lässt sich ein genereller Trend des Rückgangs des politischen Interesses bei Jugendlichen nicht nachweisen. Auffällig sind allerdings die sozialen und bildungsmäßigen Unterschiede im Ausmaß des politischen Interesses. Jugendliche und junge Erwachsene, die sich stark oder sehr stark für Politik interessieren, weisen ganz überwiegend einen Hochschulabschluss auf (Weißels 2016, S. 401). Eine längere Bildungsphase begünstigt offenbar das Interesse an politischen Fragen (Gaiser et al. 2016, S. 17). Dies mag auch damit zusammenhängen, dass sich die soziale und politische Orientierung von gebildeten Mittelschichteltern nachhaltig auf die Sozialisation der Kinder auswirkt. Unter solchen sozialen Bedingungen ist offenbar der Austausch

---

1 Wir folgen Max Kaase, der unter politischer Partizipation alle Handlungen versteht, „die Bürger mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1997, S. 169). Diese Definition ist sehr weit gefasst. Sie umfasst verschiedene Formen konventioneller (Wahlen, Aktivitäten in Parteien und Organisationen) und unkonventioneller Beteiligung (Protest, Boykott, u. a. im Rahmen Neuer Sozialer Bewegungen, vgl. Gaiser et al. 2016, S. 23). Die Definition lässt es auch zu, soziales oder karitatives Engagement darunter zu subsumieren. Klein (2015, S. 7) betrachtet jegliche Form des bürgerschaftlichen Engagements als politische Partizipation.

zwischen den Generationen über politische Fragen leichter möglich als in gesellschaftlich abgehängten Gruppen. Wolfgang Merkel spricht deshalb von einer „Zweidritteldemokratie, in der die gebildeten Mittelschichten für sich selbst weitere Beteiligungsmöglichkeiten suchen, die allerdings meist untauglich sind, die unteren Schichten in die Politik zurückzuholen, weil sie kognitiv wie motivational zu voraussetzungs-voll sind“ (Merkel 2016, S. 11).

Gleichwohl ist ein Rückgang der politischen Beteiligung bei den konventionellen Formen politischer Beteiligung zu verzeichnen. Von 1972 bis 2013 sank die Wahlbeteiligung bei den unter 21-Jährigen von 78 % auf 64 %, bei den 21- bis 24-Jährigen von 77 % auf 70 % und bei den 25- bis 29-Jährigen von 81 % auf 62 % (Gisart 2016, S. 396). Ähnliches zeigen die Daten der jüngsten Shell-Studie (Schneekloth 2015, S. 161). Einen Rückgang hat auch die Mitgliedschaft der 18- bis 29-Jährigen in politischen Parteien, Vereinen, Verbänden, aber auch in Gewerkschaften und Kirchen (Weßels 2016, S. 405) erfahren. Die Integrationskraft der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen hat seit den 1990er Jahren nicht nur bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, sondern generell nachgelassen. In Wissens- und Dienstleistungsgesellschaften scheint es schwieriger geworden zu sein, Interessen durch Parteien und Organisationen kollektiv zu bündeln und für politische Programme zu mobilisieren (Hoffmann-Lange/Gille 2013, S. 8). Dazu trägt auch die Ausdifferenzierung des Parteiensystems bei.

Es wäre jedoch unzutreffend, die Abnahme der Parteienbindung, den Rückgang der Wahlbeteiligung und die geringer werdende Bedeutung von Vereinen und Verbänden für die politische Integration junger Menschen als Zeichen einer unpolitischen Jugend zu interpretieren. Die Political-Action-Studie (Barnes/Kaase 1979) zeigt bereits in den 1970er Jahren eine stärkere Mobilisierung junger Menschen für nicht-verfasste politische Beteiligungsformen (Demonstrationen, Hausbesetzungen, Unterschriftensammlungen, Boykotte). Dieser Trend scheint sich bis in die Gegenwart fortzusetzen. Das Interesse an politischen Themen wie die Auseinandersetzung mit den sozialen und ökonomischen Folgen der Globalisierung, Umweltzerstörung, Ungleichheit und Diskriminierung und Sicherung demokratischer Prinzipien in der Gesellschaft ist gestiegen. Auch das Vertrauen in Demokratie und gesellschaftliche Institutionen ist anhaltend hoch (Kühnel et al. 2016, S. 235, Schneekloth 2015, S. 177). Weniger Vertrauen wird der Bundesregierung, großen Unternehmen, Kirchen, Parteien und Banken (Schneekloth 2015, S. 177) entgegengebracht. Die Mobilisierung in den Neuen sozialen Bewegungen (Occupy) speist sich auch aus der negativen Bewertung politischer und wirtschaftlicher Eliten. Sie gelten als korrupt und undemokratisch. Dabei beziehen sich die Forderungen der Akteure weniger auf konkrete Lösungen als vielmehr auf die Verbreitung des Protests und der Mobilisierungsbasis (Kern/Nam 2012). Ob soziale Bewegungen „erfolgreich“ sind

oder nicht, hängt immer auch davon ab, ob sie in der Lage sind, eine eigene Infrastruktur zu entwickeln (Roth 2013).

Generell wird man mit einem differenzierten Blick auf die vorliegenden Befunde zum Verhältnis von Jugend und Politik keinen allgemeinen Trend zu einer unpolitischen Jugend feststellen können. Ob die stärkere Hinwendung zu nicht-verfassten Formen der politischen Beteiligung sich als eine Re-Politisierung interpretieren lässt (Schneekloth 2015, S. 182), mag dahingestellt bleiben. Bedenkenswert ist ebenso die Annahme von Busse et al. (im vorliegenden Band) einer weitergehenden Auseinanderentwicklung professionalisierter parteienförmiger Partizipationsstrukturen einerseits und unterschiedlichen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements andererseits. Die parlamentarische Demokratie entwickle sich immer mehr in Richtung Professionalisierung. Junge Menschen, so die Autoren der Bremer Studie (Busse et al., im vorliegenden Band), tendieren zu bewegungsförmigen Beteiligungs- und Entscheidungsprozessen, die das System der repräsentativen Parteiendemokratie nur bedingt tangieren.

Welche Annahmen man über das Verhältnis von Jugend und Politik auch immer treffen mag, als gesichert gilt der Befund: Wer einen höheren Bildungsstatus aufweist, der zeigt sich politisch interessierter und ist in stärkerem Maße bereit an politischen Protestaktionen teilzunehmen (Heiland et al. 2013; Hoffmann-Lange/Gille 2013; Kühnel et al. 2016; Schneekloth 2015). Junge Menschen, die politisch aktiv sind, sind teilweise auch in höherem Maße sozial engagiert (Schneekloth 2015, S. 196). Problematisch gestaltet sich die Entwicklung des politischen Interesses und der politischen Partizipation bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit geringen Bildungschancen. Sie gelten als zunehmend abgekoppelt von den politischen Diskursen und Beteiligungsformen der Zivilgesellschaft. Mangelnde Anerkennung und soziale Ausgrenzung im Hinblick auf Teilhabe an den materiellen und kulturellen Gütern der Gesellschaft, aber auch fehlende Zuwendung und Aufmerksamkeit in den sozialen Nahbeziehungen (Sitzer/Heitmeyer 2007) begünstigen offensichtlich die Hinwendung zu (rechts-)extremen und gewaltförmigen Orientierungs- und Handlungsmustern. Wenn das soziale Umfeld fremdenfeindliche Gewalt toleriert oder fördert, so können jugendliche Gesellungsformen Radikalisierungsprozesse unterstützen (Willems/Steigleder 2003). Für Jugendliche und junge Erwachsene scheinen vor allem rechtsextreme und rechtspopulistische Protestbewegungen mit ihren Mobilisierungsformen, Feindbildern, ideologischen Versatzstücken und Lebensstilen attraktiv zu sein. Erste Auswertungen zu den PEGIDA-Teilnehmern deuten auf einen vergleichsweise hohen Anteil der 20- bis 29-Jährigen (Vorländer/Herold/Schäller 2015, S. 43) hin. Rieker hebt hervor, dass die Wege in rechtsextreme Radikalisierungsprozesse „früh beginnen können“ (Rieker 2015, S. 10). Dabei spielen Vorbilder, problematische

Erfahrungen in der Kindheit, bisweilen auch eine Tradition für rechtsextreme Orientierungen, die sich über Generationen reproduziert, eine nicht unwichtige Rolle. Ob die rechtspopulistische AfD in besonders starkem Maße von jungen Menschen unterstützt wird, muss offen bleiben. Obwohl die Wahlergebnisse der AfD in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt eine Tendenz zu den jungen, männlichen und enttäuschten Wählern (Tomik 2016) aufweist, dürfte nicht hinreichend klar sein, inwieweit sich dieser Trend verstetigt.

Eine andere nicht minder problematische Entwicklung für demokratische Gesellschaften zeichnet sich um Umfeld islamistischer Bewegungen (vgl. Möller, in diesem Band) ab. Sie haben seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 auch in Europa und in Deutschland einen Aufschwung erfahren. Im Grundverständnis einer radikalen Auslegung des sunnitischen Islams stehen Anhänger des Islamismus demokratischen und pluralen Gesellschaften feindlich gegenüber. Sie streben nicht nach einer Erweiterung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten in modernen Gesellschaften. Ihnen geht es eher um eine religiös begründete Herrschaft über Politik, Gesellschaft und Lebensführung. Gewaltenteilung, das Gewaltmonopol des Staates und die Trennung zwischen Religion und Politik lehnen sie strikt ab und bekämpfen die demokratischen Grundlagen und Institutionen moderner Gesellschaften. Das eint sie offensichtlich mit rechtsextremen Bewegungen. Von Rechtsextremen unterscheiden sich islamische Extremisten in ihrer radikalen religiös-politischen fundierten Auffassung von Dschihad und Islam. Ein Teil derjenigen, die diese Bewegung unterstützen, gehören durchaus auch zu den Abgehängten und Ausgegrenzten, haben nachhaltige Diskriminierung und Marginalisierung erfahren (Wiktorowicz 2005). Gleichwohl befinden sich darunter auch Angehörige mit höheren Bildungsabschlüssen, aus der unteren Mittelschicht und aus der Arbeiterklasse (Roy 2015). Einige sind im kleinkriminellen Milieu und im Drogenhandel aktiv gewesen. Für viele Anhänger islamistischer Bewegungen war die Religion bislang kein zentraler Bezugspunkt in ihrem Leben (Herding/Langner 2015). Manche sind nichtreligiös aufgewachsen. Religiöses Wissen ist unter den Radikalierten nur rudimentär vorhanden. Mit dem Übertritt zur islamischen Religion scheinen sie Abstand von der „kriminellen“ Vergangenheit und eine neue Identität zu gewinnen. Der Übertritt zu einer extremen Form der islamischen Religion ist ein grundlegender Wendepunkt in der Biografie, wobei Freundschaftsnetzwerke, Nachbarschaften, Internet, Gefängnisse, Sportvereine, Kulturzentren und einschlägige Moscheen<sup>2</sup> als Relaisstationen für

---

2 Mitunter spielen auch familiäre und andere private Netzwerke sowie mediengestützte Formen der Radikalisierung eine wichtige Rolle.

Wege in die Radikalisierung dienen. Es spricht einiges dafür, dass es sich bei den islamistischen Strömungen um eine Form der sozialen Bewegung (Roy 2015) handelt, die überwiegend von jungen Menschen getragen wird. Die Durchsetzung islamistischer Ziele bedarf nicht nur gemeinsamer Problemdefinitionen (z.B. die „westliche“ Welt und die „Ungläubigen“ als Feind), sondern ebenso sozialer Beziehungen, mit denen Individuen und Gruppen in Verbindung gebracht werden. Diese Bedingungen erfüllen soziale Netzwerke, lockere soziale Verbindungen, die sich in offenen und funktional differenzierten Gesellschaften gut mobilisieren lassen. Ein Beispiel dafür ist die „Lies“-Kampagne des salafistischen Missionierungsnetzwerks „Die Wahre Religion“ mit Koran-Verteilungen im öffentlichen Raum. Das Netzwerk erreicht viele Menschen, unabhängig von Herkunft und Religion. Der öffentliche Raum dient wiederum als Resonanzboden für mediale Aufmerksamkeit. Diese Kampagne hat eine große Bedeutung für die Mobilisierung von jungen Menschen. Zu den Voraussetzungen der Ausbreitung islamistischer Bewegungen gehören auch Gelegenheitsstrukturen, die Möglichkeiten für die Ausbreitung von Protestbewegungen eröffnen (oder schließen) können. Sympathisierende und unterstützende Vereine und Moscheen sowie finanzielle Unterstützung (aus dem Nahen Osten, Spenden von Vereinsmitgliedern) begünstigen offensichtlich die Mobilisierung. Auch die Strafverfolgungsbehörden sind Teil des Mobilisierungszusammenhangs. Übermäßige Reaktionen des Staates mögen in der Szene zunächst Verunsicherungen hervorrufen; im weiteren Verlauf können sie aber auch zu einer Verstärkung des Protests führen. Ob salafistische Bewegungen eine Verstetigung erfahren, hängt nicht zuletzt von der Entwicklung der Konflikte in Syrien, im Irak und in Nordafrika ab. Der gegenwärtig – im Herbst 2016 – zu beobachtende Rückgang der nach Syrien zum IS Ausreisenden muss nicht bedeuten, dass die Zahl der Radikalisierten zurückgeht. Bei einem Teil der Rückkehrer wird durchaus eine anhaltende Bereitschaft für Anschläge angenommen.

Im Zentrum des vorliegenden Bandes steht die Frage nach der Entwicklung des politischen Interesses und Engagements junger Menschen. Für die Beiträge, die größtenteils auf der Herbsttagung der Sektion Jugendsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im September 2015 präsentiert wurden, sind folgende Fragen orientierend:

- Wie entwickelt sich das Verhältnis junger Menschen zu den Verfahren und Institutionen der repräsentativen Demokratie?
- Welche Bedeutung haben nichtverfasste Partizipationsformen und Protest in sozialen Bewegungen für das politische Engagement?
- Wie nehmen Jugendliche gesellschaftliche Probleme wahr, wie formulieren sie politische Ziele und Themen, und wie setzen sie Interessen durch?

- Welche Rolle spielen Internet und neue sozialen Medien für die politische Partizipation?
- Welchen Zusammenhang gibt es zwischen sozialem Engagement und politischer Beteiligung?
- Wie können Partizipationsprozesse in pädagogischen Zusammenhängen realisiert werden?
- Welche Bedeutung hat das soziale und politische Engagement für die Identitätsbildung und die Biografien von jungen Menschen?
- Welche Erfahrungen machen Jugendliche bei Demonstrationen und Protestaktionen mit der Polizei und Justiz?
- Welche Rolle spielen Gewalt, Gewaltlegitimationen und Gewaltbilligung in sozialen Protestbewegungen?
- Inwiefern führt politisches (und religiöses) Engagement zu Radikalisierung und extremistischen Zielen?

Unter dem Thema „Politisches Interesse und politische Partizipation“ sind im ersten Teil des Bandes Beiträge versammelt, die neuere empirische Befunde und Erklärungen zur Entwicklung des Verhältnisses von Jugendlichen zur Politik auf der Grundlage von Surveydaten vorstellen. Dabei geht es unter anderem auch um die Auseinandersetzung mit der These der (zunehmenden) „Parteien- und Politikverdrossenheit“. Die Autoren der 17. Shell-Jugendstudie, Ulrich Schneekloth, Mathias Albert, Klaus Hurrelmann und Gudrun Quenzel gehen der Frage nach, wie sich vor dem Hintergrund der noch nicht überwundenen Finanzkrise und der Euro-Krise das Verhältnis der Jugendlichen zur Politik entwickelt. Im Einzelnen werden Ergebnisse zu politischen Prioritäten, gesellschaftlichen Problemwahrnehmungen, Zukunftsorientierungen sowie zum Verhältnis zur Demokratie und zum sozialen und politischen Engagement präsentiert. Martina Gille, Johann de Rijke und Wolfgang Gaiser befassen sich in ihrem Beitrag mit verschiedenen Aspekten politischer Beteiligungsformen und entsprechenden organisatorischen Rahmenbedingungen. Die empirische Basis bildet die Jugendstudie „Jung – Politisch – Aktiv?“, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert und in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut und infas (Bonn) durchgeführt wurde. Britta Busse, Alexandra Hashem-Wangler, Jochen Tholen und Kevin Wolnik gehen von der Annahme aus, dass sich im politischen Engagement junger Menschen selbstorganisierte bewegungsförmige Formen von konventionellen Partizipationsformen entkoppeln. Die Autoren sprechen von parallelen Welten der politischen Teilhabe. Die Studie beruht auf Daten, die im Rahmen des EU-MYPLACE (Memory, Youth, Political Legacy and Civic Engagement)-Teilprojekts für Westdeutschland erhoben wurde.

Im Zentrum des zweiten Teils stehen Beiträge zur medial vermittelten politischen Partizipation. Aus jugendsoziologischer wie auch medien- und

kommunikationswissenschaftlicher Perspektive fragt Dagmar Hoffmann, inwieweit sich Teilhabemöglichkeiten unter Mediatisierungsbedingungen verändert haben und das Internet zur Wiederbelebung und Neuausrichtung politischer Partizipation beitragen kann. Ob durch das Internet die politische Diskussionskultur und Partizipation nachhaltig gefördert und bürgerliches Engagement gestärkt wird, ist Gegenstand der Untersuchung von Nobert Kersting. Für die Studie wertete der Autor Daten des International Social Survey Programms (ISSP), Modul „Citizenship I/II“ im ALLBUS für 2004 und 2014 aus.

Die Frage nach Akteuren, Identitäten und Bedingungen der politischen Partizipation ist orientierend für die Beiträge des dritten Teils. Rebecca Mörgen, Peter Rieker und Anne Schnitzer befassen sich mit den Ambivalenzen und Spannungen in den Bedingungen und Herausforderungen für die pädagogische Begleitung von Beteiligungsprozessen von Kindern und Jugendlichen. Einerseits ist es die Aufgabe pädagogischer Fachkräfte Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen. Andererseits sind diese Möglichkeiten pädagogisch ausgesprochen voraussetzungsvoll und schränken Mitbestimmung ein. Kira Nierobisch untersucht Prozesse der Identitätsbildung und Partizipation in bündischen Jugendverbänden. Den ambivalenten Charakter von (post-)traditionalen Gemeinschaftsbindungen (Zygmunt Baumann) berücksichtigend, werden die Übergänge, aber auch die Spannungen zwischen kollektiver und individueller Identitätsbildung und deren Bedeutung für die gesellschaftliche Partizipation herausgearbeitet. Silke Jakob befasst sich mit den Biografien von Kindern und Jugendlichen, die sich für UNICEF Deutschland engagieren. Sie legt die lebensweltlichen und biografischen Relevanzen und Zugänge für das Engagement bei UNICEF dar.

Theoretische Ansätze und empirische Befunde zu Protest, Radikalisierung und Gewalt bilden den Schwerpunkt des vierten Teils. Die Riots in den französischen Banlieues 2005 und die britischen Riots im Sommer 2011 nimmt Ferdinand Sutterlüty zum Ausgangspunkt seiner Analyse. Dabei geht er der Frage nach, inwiefern die kollektiven Proteste eine Reaktion auf die Verletzung legitimer normativer Ansprüche auf die Teilhabe an wichtigen materiellen und kulturellen Gütern darstellen, selbst wenn die Aktionen gesetzeswidrig sind. Wolf-Dietrich Bukow und Sonja Preissing analysieren in einer Fallstudie die Eskalationsdynamik und die soziale Bedeutung der Jugendproteste in Köln-Kalk 2008. Wolfgang Kühnel und Helmut Willems präsentieren Ergebnisse aus der Studie „Politisches Engagement, biografische Verläufe und Handlungsorientierungen in Protestbewegungen und linksaffinen Szenen“. Gegenstand der Analyse sind Gewaltdiskurse und Gewalterfahrungen linksaffiner Jugendlicher im Hinblick auf Konfrontationen mit Rechtsextremen und Konflikte mit der Polizei. Mit der zunehmenden Verbreitung dschihadistischer Bewegungen bei Jugendlichen und jungen Er-



wachsenen ist auch das Interesse von Sozialwissenschaftlern an deren Analyse gewachsen. Kurt Möller nimmt eine Bestandsaufnahme des Wissensstandes zu Radikalisierungsprozessen in dschihadistischen Szenen vor. Er schlägt ein eigenes Konzept vor, mit dem die Konstruktion von pauschalisierenden Ablehnungshaltungen bei jungen Menschen zur Grundlage für die Untersuchung dschihadistischer Orientierungen genommen werden kann.

Abschließend möchten wir uns bei allen bedanken, die zur Realisierung des Bandes beigetragen haben. Ein herzlicher Dank gilt vor allem den Autorinnen und Autoren, die mit ihren instruktiven Beiträgen die Herausgabe des Buches erst möglich gemacht haben. Simone Charles, Lilly Kochsiek und Tom Willems haben alle Texte sorgfältig, mit Interesse und Engagement lektoriert. Dafür sei ihnen herzlich gedankt. Dank geht auch an Dieter Ferring vom Forschungsinstitut INSIDE an der Universität Luxemburg für die großzügige Unterstützung bei der Erstellung des Manuskripts sowie Jens Lüttke, Christine Wieczorek und Marcel Eulenbach vom Sprecherrat der Sektion Jugendsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie für die Möglichkeit die Beiträge der Herbsttagung 2015 zu publizieren. Friederike Maier hat die Herbsttagung der Sektion Jugendsoziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und das Buchprojekt nachdrücklich unterstützt. Dafür sei ihr herzlich gedankt.

## Literatur

- Barnes, S.H./Kaase, M. (1979): *Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills: Sage.
- Gaiser, W./Krüger, W./deRijke, J./Wächter, F. (2016): *Jugend und politische Partizipation in Deutschland und Europa*. In: Tremmel, J./Rutsche, M. (Hrsg.): *Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien*. Wiesbaden: Springer VS, S. 13–38.
- Gisart, B. (2016): *Demokratie und politische Partizipation*. In: Statistisches Bundesamt (Destatis)/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Hrsg.), in Zusammenarbeit mit Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin): *Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 391–399.
- Heiland, S./Keupp, H./Straus, F. (2013): *Gesellschaftliches bzw. Politisches Engagement, Jugendprotest und die Wahl der Mittel*. München: Institut für Praxisforschung und Projektberatung (unveröffentlicht).
- Herding, M./Langne, J. (2015): *Wie Jugendliche zu Islamisten werden*. In: Deutsches Jugendinstitut e. V. (Hrsg.): *DJI Impulse*, H. 109, S. 14–17.
- Hoffmann-Lange, U./Gille, M. (2013): *Das veränderte Verhältnis von Jugend und Politik*. In: *DJI Impulse*, H. 103, S. 7–10.
- Kaase, M. (1997): *Vergleichende Politische Partizipationsforschung*. In: Berg-Schlosser, D./Müller-Rommel, F. (Hrsg.): *Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch*. 3. überarbeitete und ergänzte Auflage. Opladen: Leske + Budrich, S. 159–174.

- Kern, T./Nam, S. (2012): Werte, kollektive Identität und Protest: Die Mobilisierung der Occupy-Bewegung in den USA. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62., H. 25-26, S. 29-35.
- Klein, A. (2015): Bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation. In: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hrsg.) Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland, S. 1-8. [http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2015/01/nl01\\_thesenpapier\\_klein.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2015/01/nl01_thesenpapier_klein.pdf) (abgerufen: 20. 11. 2016).
- Kroh, M. (2006): Das politische Interesse Jugendlicher: Stabilität oder Wandel? In: Roller, E./Brettschneider, F./van Deth, J. W. (Hrsg.): *Jugend und Politik: „Voll normal!“ Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 185-207.
- Kühnel, W./Willems, H./Hillebrand, K./Schmidt, T./Zenner, K. (2016): Gesellschaftskritische Orientierungen Jugendlicher in linksaffinen Protestbewegungen. In: Lütke, J./Wiezorek, C. (Hrsg.): *Jugendpolitiken. Wie geht die Gesellschaft mit „ihrer“ Jugend um?* Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 230-249.
- Merkel, W. (2016): Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 66, H. 40-42, S. 04-11.
- Rieker, P. (2015): Wege in den Rechtsextremismus. In: *DJI Impulse*, H. 109, S. 8-10.
- Roth, R. (2013): Weltweite Proteste – in Deutschland bleibt es (noch) ruhig. In: *DJI Impulse*, H. 103, S. 11-13.
- Roy, O. (2015): What is the driving force behind jihadist terrorism? – A scientific perspective on the cause/circumstances of joining the scene. BKA Autumn Conference. International Terrorism: How can prevention and repression keep place? Speech. 18-19 November. <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/EN/Publications/AutumnConferences/2015/herbsttagung2015RoyAbstract.html?nn=5610#Start> (abgerufen: 20. 11. 2016).
- Schneekloth, U. (2015): Jugend und Politik: Zwischen positivem Gesellschaftsbild und anhaltender Politikverdrossenheit. In: *Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch*. Frankfurt a.M: Fischer, S. 153-200.
- Sitzer, P./Heitmeyer, W. (2007): Rechtsextremistische Gewalt von Jugendlichen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37, S. 3-10.
- Tomik, S. (2016): Der (un)bekannte AfD-Wähler. Jung, männlich – und enttäuscht. *Frankfurter Allgemeine*. 14. 03. 2016. <http://www.faz.net/aktuell/politik/afd-waehler-jung-maennlich-und-enttaeuscht-14123702.html> (abgerufen: 20. 11. 2016).
- Vorländer, H./Herold, M./Schaller, S. (2015): Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Untersuchung von PEGIDA-Demonstranten in Dresden. *Schriften zur Verfassungs- und Demokratieforschung*. Dresden: Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung an der Technischen Universität Dresden.
- Weßels, B. (2016): Politische Integration und politisches Engagement. In: Statistisches Bundesamt (Destatis)/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Hrsg.), in Zusammenarbeit mit Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin): *Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 400-415.
- Wiktorowicz, Q. (2005): ‚A Genealogy of Radical Islam‘. In: *Studies in Conflict & Terrorism*. 28, H. 2, S. 75-97.
- Willems, H./Steigleder, S. (2003): Jugendkonflikte oder hate Crime? Täter – Opfer – Konstellationen bei fremdenfeindlicher Gewalt. In: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung* 5, H. 1, S. 5-28.



# **Politisches Interesse und politische Partizipation**

# Eine Generation im Aufbruch

## Zwischen wachsendem politischen Interesse und anhaltender Politikverdrossenheit

Ulrich Schneekloth, Mathias Albert, Klaus Hurrelmann,  
Gudrun Quenzel

Der Bezug der jüngeren Alterskohorten auf die Politik wird schon seit längerem als distanziert und problematisch beschrieben. Das Verhältnis „Jugend und Politik“ gilt als gestört (Schneider 1995; Buhl 2003). Verwiesen wird dabei etwa auf ein fehlendes Interesse an Fragen, die sich auf das Handeln in staatlichen Angelegenheiten beziehen. Dies geht einher mit einem unterdurchschnittlichen Vertrauen in Parteien und in regierungsnahe gesellschaftliche Institutionen, was mit dem Begriff der „Politikverdrossenheit“ umschrieben wird (Arzheimer 2002). Empirische Befunde, die diese Analysen zu bestätigen scheinen, haben auch die letzten Shell Jugendstudien geliefert. Diese haben bei den von uns seit 2002 regelmäßig in etwa vier bis fünfjährigem Abstand durchgeführten Querschnittserhebungen bei Jugendlichen im Alter von zwölf bis 25 Jahren<sup>1</sup> eine auffällig große und im Trend robuste Politikverdrossenheit diagnostiziert. Die damit einhergehende Distanz zum politischen System führte bei der großen Mehrheit der Jugendlichen allerdings nicht zu einer fehlenden Identifikation mit der Demokratie und der Gesellschaft in Deutschland. Im Gegenteil erwiesen sich die als „pragmatische Generation“ bezeichneten Alterskohorten über die Jahre hinweg mehrheitlich als optimistisch und darauf bedacht, sich möglichst gut gesellschaftlich zu integrieren. Jugendliche präsentieren sich damit durchaus voller Gestaltungswillen, zumindest wenn es ihr eigenes Umfeld und ihre Lebenslage betrifft (Schneekloth 2010).

Die Entwicklungen bei den Einstellungen von Jugendlichen vollzogen und vollziehen sich auch aktuell vor dem Hintergrund weiter anhaltender Veränderungen in den gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Maß-

---

1 Die Shell Jugendstudie wird in Deutschland bereits seit 1953 durchgeführt. Seit der 14. Shell Jugendstudie 2002 liegt die konzeptionelle Verantwortung bei einem Forscherteam, bestehend aus Mathias Albert, Klaus Hurrelmann, Gudrun Quenzel (seit 2010) und TNS Infratest Sozialforschung. Vollstandardisiert befragt wurden in den Jahren 2002, 2006, 2010 und zuletzt 2015 jeweils rund 2 500 Jugendliche im Alter von zwölf bis 25 Jahren (querschnittliches Design), ergänzt um jeweils 20 Tiefeninterviews.

geblich sind zum einen die nicht überwundenen ökonomischen Verwerfungen, die in Gestalt der sogenannten Euro-Krise spätestens seit etwa 2010 auch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union massiv betrafen (SVR 2011). Nach wie vor hoch ist die Staatsverschuldung vor allem in Südeuropa, und auch die Jugendarbeitslosigkeit verharrt auf einem hohen Niveau (DIW 2016). Die Erwerbslosigkeit als Anteil der Erwerbslosen (nach dem ILO-Konzept<sup>2</sup>) an der Bevölkerung im selben Alter lag bei Jüngeren im Februar 2016 in Deutschland bei 3,3 %, in der Europäischen Union bei 7,9 % und im gesamten Euroraum bei 8,4 %. Bezieht man sich, wie in der Arbeitsmarktforschung üblich, stattdessen auf die Erwerbslosenquote<sup>3</sup>, also auf den Anteil der erwerbslosen Jugendlichen an den Erwerbspersonen im gleichen Alter (ohne Schüler, Auszubildende, Studierende oder aus sonstigen Gründen nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehende Jugendliche), so lag diese für jüngere Personen von 15 bis unter 25 Jahren (nach dem ILO-Konzept) im Februar 2016 in Deutschland bei 6,9 %, in der Europäischen Union hingegen bei 19,4 % und im Euro-Raum sogar bei 21,6 % (BA 2016). Diese inakzeptabel hohen Erwerbslosenquoten haben dazu geführt, dass Jugendliche aus dem südeuropäischen Raum mitunter sogar als „verlorene Generation“ bezeichnet werden (Bertelsmann 2015). Auch wenn die im Querschnittsvergleich um ein Vielfaches niedrigeren Erwerbslosenquoten in Deutschland strukturell dadurch mitverursacht sind, dass die Übergänge in den Arbeitsmarkt hier weniger abrupt sind, so dass sich mehr Jugendliche länger in Ausbildung oder in berufsvorbereitenden Maßnahmen befinden, so ändert dies nichts am Gesamtbefund einer deutlich besseren sozialen Lage von Jugendlichen in Deutschland. In der Tendenz sind die Quoten leicht rückläufig. Anders als in Deutschland verharren diese aber im sonstigen Europa auf einem deutlich höheren Niveau.

---

2 Als erwerbslos gilt gemäß ILO-Konzept jede Person der entsprechenden Altersgruppe, die zum Zeitpunkt der Erhebung in einem einwöchigen Berichtszeitraum nicht erwerbstätig war, aber in den letzten vier Wochen aktiv nach einer Tätigkeit gesucht hat. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es nicht an. Eine neue Arbeit muss innerhalb von zwei Wochen aufgenommen werden können. Die Einschaltung einer Agentur für Arbeit oder eines kommunalen Trägers in die Suchbemühungen ist nicht erforderlich (DESTATIS 2015, S. 5).

3 Die Erwerbslosenquote bezieht sich auf die Anzahl der erwerbslosen Personen als Anteil an der Erwerbsbevölkerung. Die Jugendarbeitslosenquote drückt die Zahl der arbeitslosen 15- bis unter 24-Jährigen als Anteil der Erwerbspersonen der gleichen Altersklasse aus. Da sich ein hoher Anteil der Jugendlichen noch in Schule/Ausbildung befindet und nicht zu den Erwerbspersonen zählt, sollte dieser Indikator allerdings immer im Zusammenhang mit dem Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren betrachtet werden (Bundesagentur für Arbeit 2016, Fußnote zur Anhangstabelle 2).